

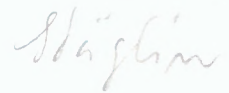
DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 19/76

Berlin

14. Mai 1976

43. Jahrgang



Die Verwendungsstruktur der Einkommen privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland

Mit diesem Bericht über die Ausgabenstruktur privater Haushalte werden erste Ergebnisse einer umfassenden Untersuchung der Einkommens- und Verbrauchsschichtung der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt. Ergebnisse von Untersuchungen zur Schichtung des privaten Verbrauchs sind bereits vor längerem an dieser Stelle veröffentlicht worden. Dabei wurde auch über die Belastung des privaten Verbrauchs mit indirekten Steuern berichtet¹.

Mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die – als Ergänzung der aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen gewonnenen Ergebnisse – vom Statistischen Bundesamt erstmals 1962/63 durchgeführt und 1969 und 1973 wiederholt wurde, sind die primärstatistischen Informationen über Einkommen und Verbrauch privater Haushalte erheblich erweitert worden. Von der makroökonomischen Seite her sind die Angaben über die Verbrauchsausgaben dadurch abgesichert, daß der gesamte private Verbrauch – nach Verwendungsbereichen aufgegliedert – vom Statistischen Bundesamt im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt wird.

Gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Zeitraum 1955/75 war durch eine starke Einkommensexpansion gekennzeichnet, die lediglich im Jahre 1967 unterbrochen wurde. Im Durchschnitt dieses Zeitabschnitts haben die verfügbaren Nettoeinkommen der privaten Haushalte um jährlich rund 10 vH zugenommen: Von 1955 bis 1962 haben sie sich verdop-

pelt, bis 1968 verdreifacht, bis 1975 mehr als verdreifacht.

Bei der Beurteilung ist allerdings zu beachten, daß die Bevölkerungszahl seitdem um ein Viertel gestiegen ist. Das durchschnittliche Einkommen je Haushalt hat sich also weniger stark erhöht als die Gesamtsumme der verfügbaren Einkommen: Es belief sich 1955 auf monatlich 586 DM und ist bis 1970 auf 1 581 DM gestiegen; 1975 betrug es 2 504 DM, also das Vierfache der Ausgangsgröße.

Einkommensschichtung 1955 bis 1970

Die hier vorgelegte Gesamtschichtung der Haushaltseinkommen für die Jahre 1955, 1964 und 1970 ist eine Zusammenfassung, bei der zwangsläufig so wichtige Kriterien wie die Gliederung nach dem

¹ Vgl. Die Schichtung des privaten Verbrauchs in der Bundesrepublik. Bearb.: Gerhard Göseke. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 43/1967, S. 225 ff. – Wirken indirekte Steuern regressiv? Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau und Gerhard Göseke. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 21/1972, S. 187.

Einkommenschichtung der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland

Monatl. Haushalts- Nettoeinkommen in DM	Haushalte						Einkommen					
	in 1 000			in vH			in Mill. DM			in vH		
	1955	1964	1970	1955	1964	1970	1955	1964	1970	1955	1964	1970
unter 200	2 491	0	0	15,3	0,0	0,0	4 551	0	0	4,0	0,0	0,0
200 . . . 300	2 136	1 414	281	13,2	7,0	1,3	6 441	4 275	899	5,6	1,6	0,2
300 . . . 400	2 057	1 879	1 040	12,7	9,2	4,6	8 669	7 926	4 479	7,6	3,0	1,1
400 . . . 500	1 973	1 573	1 355	12,1	7,7	6,1	10 652	8 550	7 391	9,3	3,2	1,7
500 . . . 600	1 681	1 488	1 384	10,4	7,3	6,2	11 080	9 851	9 176	9,7	3,7	2,2
600 . . . 700	1 345	1 431	1 248	8,3	7,0	5,6	10 468	11 183	9 770	9,2	4,2	2,3
700 . . . 800	1 080	1 417	1 166	6,7	7,0	5,2	9 698	12 765	10 528	8,5	4,8	2,5
800 . . . 900	809	1 332	1 129	5,0	6,5	5,0	8 221	13 581	11 542	7,2	5,1	2,7
900 . . . 1000	623	1 231	1 113	3,8	6,1	5,0	7 077	14 023	12 705	6,2	5,3	3,0
1000 . . . 1100	472	1 115	1 097	2,9	5,5	4,9	5 927	14 035	13 834	5,2	5,3	3,3
1100 . . . 1200	345	1 004	1 060	2,1	4,9	4,7	4 737	13 845	14 621	4,2	5,2	3,4
1200 . . . 1300	247	892	1 008	1,5	4,4	4,5	3 687	13 361	15 102	3,2	5,0	3,6
1300 . . . 1400	178	797	956	1,1	3,9	4,3	2 861	12 896	15 461	2,5	4,8	3,6
1400 . . . 1500	131	689	885	0,8	3,4	4,0	2 278	11 973	15 363	2,0	4,5	3,6
1500 . . . 1750	238	1 288	1 909	1,5	6,3	8,5	4 574	25 000	37 078	4,0	9,4	8,7
1750 . . . 2000	147	879	1 488	0,9	4,3	6,6	3 241	19 662	33 298	2,8	7,4	7,8
2000 . . . 3000	176	1 245	2 936	1,1	6,1	13,1	4 991	36 265	85 444	4,4	13,6	20,1
3000 . . . 4000	66	396	1 260	0,4	1,9	5,6	2 634	16 111	51 373	2,3	6,0	12,1
4000 . . . 5000	23	155	559	0,1	0,8	2,5	1 188	8 105	29 217	1,0	3,0	6,9
5000 und mehr	12	145	526	0,1	0,7	2,3	1 225	13 013	47 619	1,1	4,9	11,2
Insgesamt	16 230	20 370	22 400	100,0	100,0	100,0	114 200	266 400	424 900	100,0	100,0	100,0

Beruf des Haushaltsvorstands, der Größe der Haushalte sowie nach der Zahl der Einkommensbezieher außer Betracht bleiben. Gleichwohl lassen sich daraus wichtige Erkenntnisse über das Verbraucherverhalten gewinnen. Mit anhaltender Einkommensexpansion haben sich die Einkommen in dem hier ausgewiesenen Klassen-Raster deutlich nach oben verlagert. So verfügte 1955 noch mehr als die Hälfte aller Haushalte über ein Netto-Einkommen von weniger als 500 DM, nur 12,5 vH hatten im Monat über 1 000 DM und mehr. Ein Haushaltseinkommen von mehr als 2 000 DM konnten lediglich 1,7 vH aller Haushalte für sich verbuchen. 1970 lagen nur noch 12 vH der Haushalte unter der 500-DM-Grenze. Zugenommen hat die Zahl der Bezieher höherer Einkommen.

Diejenigen Haushalte, die sich noch 1970 mit Einkünften unter 500 DM begnügen mußten, waren überwiegend Rentner-Haushalte. Dabei handelte es sich zum größeren Teil um allein lebende Personen oder um 2-Personen-Haushalte. Andererseits sind hohe Einkommen überwiegend von Selbständigen oder Großhaushalten mit mehreren Einkommensbeziehern erzielt worden.

Elastizität der Verbrauchsausgaben

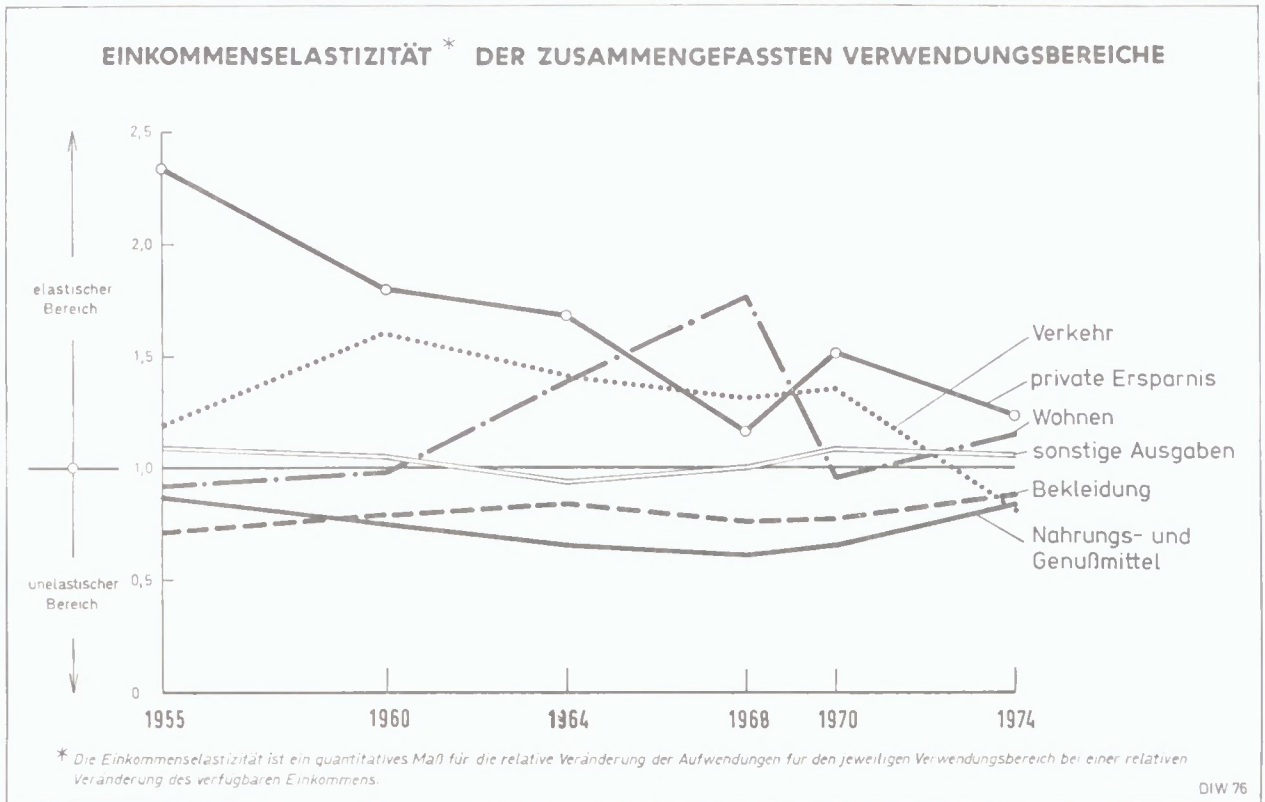
Ziel der Untersuchung ist es, Anhaltspunkte zur Einkommensabhängigkeit der Verbrauchsausgaben zu gewinnen. Vergleichsweise unelastisch ist die Nachfrage dann, wenn die relative Ausgabensteigerung hinter der der Einkommen zurückbleibt; elastisch sind dagegen Ausgabensteigerungen, wenn sie die Zuwachsrate der Einkommensexpansion übertreffen. Weiterhin lassen sich notwendige oder feste Ausgaben sowie Ausgaben, die aus dem „freien“

Einkommen bestritten werden, unterscheiden. Die Veränderungen, die sich bei steigendem Einkommen im Zeitablauf für die Anteile der einzelnen Verwendungsbereiche am verfügbaren Einkommen zeigen, finden sich grundsätzlich auch im Verhältnis von niedrigem zu hohem Einkommen im gleichen Jahr.

Allerdings sind diese Zusammenhänge keineswegs auf Dauer fixiert. Technische Neuerungen, modische Änderungen, Geschmackswandel – insbesondere zwischen Generationen – und auch Schwerpunkte der Werbung werden das Verbraucherverhalten in heute noch nicht übersehbarer Weise beeinflussen. In der Vergangenheit hat die zumeist starke Steigerung der Einkommen zu einem optimistischen Verbraucherverhalten aufgrund sich rechtfertigender Einkommenserwartungen geführt. Fraglich ist, ob mit gleichem optimistischen Verhalten auch in Zukunft gerechnet werden kann.

Die in dieser Untersuchung ermittelten Beträge und Anteile einzelner Verwendungsbereiche erhärten bisherige Ergebnisse der Verbrauchsforschung, wonach die Höhe der Ausgaben für bestimmte Verbrauchsgruppen sehr stark von der Einkommenshöhe abhängt. So zeigt sich, daß die Veränderung der Verbrauchsstruktur am stärksten von der Aufwärtsverlagerung im Schichtungsbild beeinflusst wurde. Demgegenüber blieben Einwirkungen anderer Art in ihrer Bedeutung zumeist untergeordnet.

Die relativen Verbrauchsunterschiede zwischen niedrigen und hohen Einkommen sind – wie die Übersicht zeigt – in den ausgewählten Jahren für alle Ausgabenparten stark ausgeprägt. Vieles spricht dafür, daß mit steigendem Einkommen Haushalte in die Verbrauchsgewohnheiten der ihnen vor-



her „übergeordneten“ Einkommenschichten hineinwachsen. Offensichtlich sind jeder Einkommensklasse — schichtspezifisch — recht stabile Anteile einzelner Verwendungsbereiche zuzuordnen.

Diese zumindest mittelfristig relative Starrheit der Quoten zeigt sich besonders deutlich bei Unterschieden der hier ausgewiesenen niedrigsten und höchsten Einkommensklassen. Gemessen am Einkommen wurde für Nahrungsmittel sowie für Ausgaben für das Wohnen von Beziehern der höchsten Einkommen nur eine Quote erreicht, die ein Drittel der Ausgaben der niedrigsten Einkommenschicht betragen hat. Für Genußmittel belief sich die entsprechende Quote auf drei Fünftel, während für Bekleidung anteilmäßig ebensoviel ausgegeben wurde wie in der niedrigsten Einkommenschicht. In den übrigen Bereichen wurde bei hohem Einkommen relativ mehr als bei niedrigem Einkommen aufgewendet: Für Güter der übrigen Haushaltsführung das Eineinhalbfache, für die Gesundheits- und Körperpflege, Bildung und Unterhaltung sowie persönliche Ausgaben etwa das Doppelte, für den Bereich Verkehr und Nachrichtenwesen das Dreifache. Schließlich war hier die Sparquote viermal so hoch wie in der niedrigsten Einkommensklasse. Zu beachten ist, daß vergleichsweise niedrige Ausgabenanteile an einem hohen verfügbaren Einkommen beträchtlich höhere absolute Ausgaben repräsentieren können, als in niedrigen Einkommensklassen hinter hohen Ausgabenanteilen steht.

Entwicklung der Ausgaben in den Verwendungsbereichen

Nahrungsmittel

Über den Verbrauch von Nahrungsmitteln wie auch den Anteil der Mietausgaben liegen die ältesten deutschen primärstatistischen Berechnungen vor. Schon vor mehr als 100 Jahren erkannten die Statistiker Engel und Schwabe, daß, je ärmer jemand sei, einen desto größeren Anteil seines Einkommens er für Essen und Wohnen aufwenden müsse. Hinsichtlich des Nahrungsmittelverbrauchs findet sich diese Aussage für die Verhältnisse in der Bundesrepublik noch immer bestätigt. Ausgaben hierfür sind typisch für den unelastischen Grundbedarf. Ihre Nachfrageelastizität lag stets weit unter 1 und wies damit von allen Ausgabensparten den weitaus niedrigsten Wert auf. Infolgedessen hat sich auch ihr Anteil an den verfügbaren Einkommen, der sich 1955 noch auf fast drei Zehntel belief, bis 1975 kontinuierlich auf 16,5 vH reduziert. Die absoluten durchschnittlichen Ausgaben haben allerdings von 1955 bis 1970 je Haushalt um drei Viertel zugenommen.

Charakteristisch für das Strukturbild ist die Tendenz, daß mit steigenden Einkommen der Anteil des Nahrungsmittelaufwands mehr als in jedem anderen Bereich abnimmt: Wurde bei monatlichen Haushaltseinkommen unter 500 DM dafür allein mindestens ein Drittel beansprucht, so war es bei der höchsten Einkommensklasse nur noch ein Zehntel. Die Abwei-

Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland

Verwendungsbereich	1955	1960	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975
	in Mill. DM													
Nahrungsmittel	32 320	47 340	57 540	61 620	64 950	65 970	67 250	71 760	77 230	84 160	91 460	100 270	106 260	113 750
Genußmittel	11 200	17 610	23 370	25 300	26 550	26 400	27 470	29 460	31 850	33 940	37 020	39 770	41 940	44 900
Bekleidung, Schuhe	14 280	21 840	28 970	32 280	33 940	33 860	35 150	38 240	41 550	46 950	51 670	54 500	58 010	62 250
Wohnungsmiete	6 660	12 220	20 020	22 560	26 110	29 470	33 240	37 980	40 970	44 870	49 280	54 870	60 520	66 230
Energie	3 970	5 620	8 390	9 050	9 510	10 190	11 300	12 300	13 860	15 370	17 310	21 910	25 030	27 720
Übrige Haushaltsführung	14 250	23 750	31 850	34 930	37 320	37 490	38 560	42 950	49 080	55 540	61 770	66 330	69 660)
Verkehr und Nachrichten	6 830	15 050	24 160	27 590	30 410	30 680	33 780	38 830	45 290	50 370	54 380	60 260	63 530)
Körper- und Gesundheitspflege/ Bildung und Unterhaltung	10 770	18 770	25 420	28 150	30 120	31 590	33 640	36 880	41 410	46 590	51 690	56 340	61 320)
Persönliche Ausstattung und Sonstiges	5 810	10 240	15 190	17 190	18 900	19 660	21 370	24 690	27 770	32 720	36 340	41 460	46 070)
Private Ersparnis	8 110	17 860	31 490	37 990	36 550	36 940	42 340	49 100	55 890	68 600	81 540	84 170	97 340	110 990
Verfügbares Einkommen	114 200	190 300	266 400	296 660	314 400	322 250	344 100	382 190	424 900	479 110	532 460	579 880	630 280	688 690
	in vH													
Nahrungsmittel	28,3	24,9	21,6	20,8	20,7	20,5	19,5	18,8	18,2	17,6	17,2	17,3	16,8	16,5
Genußmittel	9,8	9,2	8,8	8,5	8,4	8,2	8,0	7,7	7,5	7,1	7,0	6,9	6,7	6,5
Bekleidung, Schuhe	12,5	11,5	10,9	10,9	10,6	10,5	10,2	10,0	9,8	9,8	9,7	9,4	9,2	9,1
Wohnungsmiete	5,8	6,4	7,5	7,6	8,3	9,1	9,7	9,9	9,6	9,4	9,2	9,5	9,6	9,6
Energie	3,5	2,9	3,1	3,0	3,0	3,2	3,3	3,2	3,3	3,2	3,3	3,8	4,0	4,0
Übrige Haushaltsführung	12,5	12,5	12,0	11,8	11,5	11,6	11,2	11,2	11,5	11,6	11,6	11,4	11,1)
Verkehr und Nachrichten	6,0	7,9	9,1	9,3	9,7	9,5	9,8	10,2	10,7	10,5	10,2	10,4	10,1)
Körper- und Gesundheitspflege/ Bildung und Unterhaltung	9,4	9,9	9,5	9,5	9,6	9,8	9,8	9,6	9,7	9,7	9,7	9,7	9,8)
Persönliche Ausstattung und Sonstiges	5,1	5,4	5,7	5,8	6,0	6,1	6,2	6,5	6,5	6,8	6,8	7,1	7,3)
Private Ersparnis	7,1	9,4	11,8	12,8	11,6	11,5	12,3	12,9	13,2	14,3	15,3	14,5	15,4	16,1
Verfügbares Einkommen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes. Reihe 3, Sonderbeiträge, Revidierte Reihen ab 1950. Reihe 1, Konten und Standardtabellen.- Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW.														

chungen vom Durchschnitt sind also außerordentlich groß.

Genußmittel

Die Ausgaben für Genußmittel (insbesondere alkoholische Getränke, Kaffee und Tabakwaren) sind ebenfalls dem Block des unelastischen Bedarfs zuzurechnen, wiesen jedoch in der Vergangenheit höhere Elastizitätswerte als Nahrungsmittel auf. Ihr Anteil ist in den ausgewiesenen Jahren (1955 bis 1975) von 9,8 auf 6,5 vH zurückgegangen.

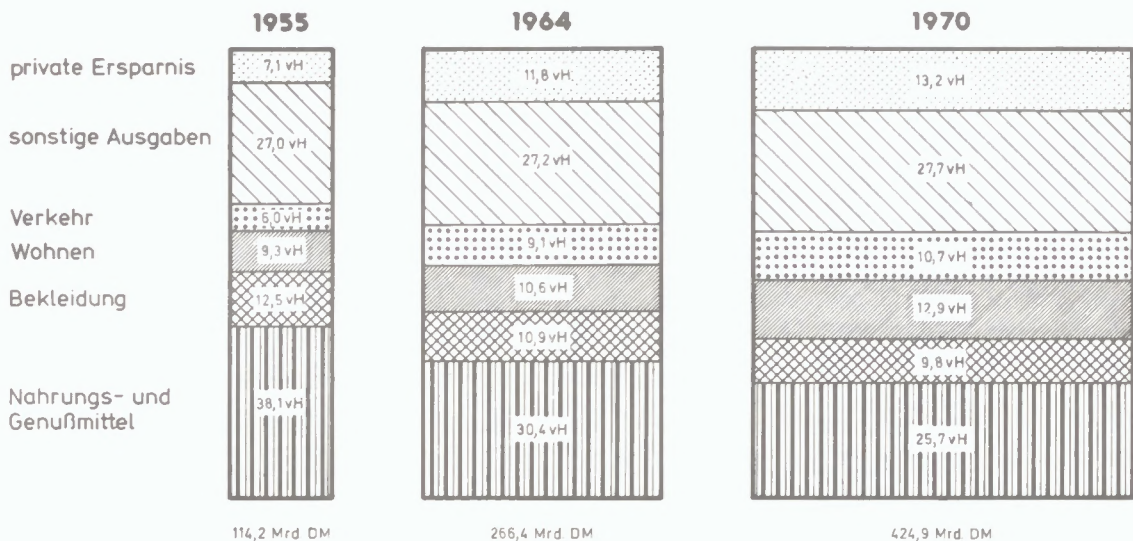
Allerdings wurde auch für diesen relativ starren Bedarfsbereich im Durchschnitt aller Haushalte 1970 doppelt soviel wie 1955 ausgegeben. Während dem reinen Mengenverbrauch vom Bedarf her enge Grenzen gesetzt gewesen sind, wurden mit steigendem Einkommen eher bessere Qualitäten gekauft. Seit 1955 war das Preisniveau für Genußmittel recht stabil, da die spezifischen Verbrauchssteuern über lange Zeit unverändert blieben. Im Gegensatz zu allen anderen Ausgabenbereichen — ausgenommen Bekleidung — ist die relative Verbrauchsentwicklung

mit steigenden Einkommen hier nicht stetig: Bis zu mittleren Einkommensschichten stieg der Anteil dieser Aufwendungen zunächst leicht, in den höheren Einkommensklassen wurde wieder ein geringerer Anteil des Gesamteinkommens für Genußmittel aufgewendet. Bei Gegenüberstellung der Quoten der niedrigsten und der höchsten Einkommensklassen dominiert allerdings der insgesamt sinkende Verbrauchsanteil.

Bekleidung

Auch die Ausgaben für Bekleidung und Schuhe sind langfristig weniger als die verfügbaren Einkommen gestiegen, so daß sich von 1955 bis 1975 die Quote von 12,5 auf 9,1 vH reduziert hat. Statistisch betrachtet wird für Bekleidung mit steigendem Einkommen zunächst relativ mehr Geld ausgegeben. Bei hohen Einkünften kehrt sich dann allerdings das Verbraucherverhalten um, so daß schließlich in den höchsten Einkommensklassen die relativen Aufwendungen für Bekleidung und Schuhe nicht größer sind als in der untersten Einkommensschicht.

VERWENDUNGSSTRUKTUR DES VERFÜGBAREN EINKOMMENS DER PRIVATEN HAUSHALTE



DIW 76

Wohnungsmiete und Energie

Aufgrund der veränderten Wohnungsbau- und Bewirtschaftungspolitik haben die Ausgaben für die Wohnungsmiete im Zeitverlauf ungemein zugenommen. Die Aussagen von Schwabe² und auch späterer Konsumforscher finden sich auch heute insoweit bestätigt, als Haushalte mit hohem Einkommen für Miete relativ weniger als Haushalte mit niedrigem Einkommen aufwenden müssen. Mit steigenden Baukosten und allmählicher Freigabe des seit dem ersten Weltkrieg durchgehaltenen Mietstopps hat sich die Lage am Wohnungsmarkt außerordentlich gewandelt. Trotz des immer noch bestehenden Mischsystems von sozialer Mietpreisbindung und nahezu freier Marktmiete hat der Anteil der Ausgaben für das Wohnen (1955 = 5,8 vH; 1975 = 9,6 vH) sehr kräftig zugenommen. Besonders ausgeprägt war der Anstieg von 1964 bis 1968, als die entsprechende Einkommensexpansion weit übertroffen wurde.

Dabei handelt es sich nicht nur um Preissteigerungen in Form von Mieterhöhungen. In dem Maße, wie sich die Auffassung vom Wohnen als eines Existenzbedarfs zu einer Kategorie des gehobenen Bedarfs wandelt, werden bisherige Annahmen über den Anteil der Mietausgaben am Einkommen zu revidieren sein. Bestehen geblieben ist allerdings eine erhebliche relative Differenz in der Belastung zwischen niedrigen und hohen Einkommen (1970: 19 zu 6 vH).

Im Rahmen des Budgets privater Haushalte spielen die Ausgaben für Heizung, Beleuchtung und für

den Betrieb elektrischer Geräte – also für Energie – keine übermäßige Rolle. Ihr durchschnittlicher Anteil war bei zunehmender Ausstattung mit elektrischen Geräten und Verbesserung des Heizungskomforts bemerkenswert konstant und schwankte in den untersuchten Jahren nur geringfügig um 3 vH. Erst die Energiekrise hat seit 1973 einen Anstieg der Aufwandsquote hierfür bewirkt. Auch für diesen Bereich ist zu Lasten der geringeren Einkommen eine außerordentliche Ausgabendifferenz festzustellen, die im Extrem der Einkommensklassen ein Verhältnis von 4 zu 1 übersteigt.

Übrige Haushaltführung

Bei diesen Ausgaben handelt es sich überwiegend um Güter, die als Hausrat bezeichnet werden, vor allem um Möbel, technische Haushaltsgeräte und Heimtextilien. Etwas überraschend haben die Aufwendungen für Güter und Dienstleistungen dieser Art bis 1974 von 12,5 auf 11,1 vH anteilmäßig verloren. Allerdings ist seit 1968 die Tendenz nicht mehr eindeutig, was den Trend zum steigenden Wohnkomfort zu unterstreichen scheint. Vieles spricht für parallele Ausgabenentwicklung mit der Einkommensexpansion.

Wenn auch mit steigendem Einkommen relativ mehr für Hausrat ausgegeben wird, so ist hier die Differenzierung nicht allzu groß; mehr als die Hälfte aller Haushalte, also eine sehr breite Mittelschicht

² H. Schwabe: „Das Verhältnis von Miete und Einkommen in Berlin.“ In: Gemeinde-Kalender und städtisches Jahrbuch für 1868.

Verwendung des verfügbaren Einkommens privater

Monatliches Haushalts- Nettoeinkommen in DM	Zahl der privaten Haushalte -in 1000-	Nahrungsmittel		Genußmittel		Bekleidung		Wohnungsmiete	
		Durchschnittliche monatl.Aufwendungen je Haushalt		Durchschnittliche monatl.Aufwendungen je Haushalt		Durchschnittliche monatl.Aufwendungen je Haushalt		Durchschnittliche monatl.Aufwendungen je Haushalt	
		-in DM-	-in vH-	-in DM-	-in vH-	-in DM-	-in vH-	-in DM-	-in vH-
unter 200	2 491	61	40,2	15	9,6	13	8,5	15	10,0
200 . . . 300	2 136	92	36,4	24	9,7	25	9,9	21	8,3
300 . . . 400	2 057	121	34,5	34	9,7	38	10,9	26	7,3
400 . . . 500	1 973	147	32,6	44	9,9	52	11,6	30	6,8
500 . . . 600	1 681	171	31,2	55	10,0	67	12,2	35	6,3
600 . . . 700	1 345	194	30,0	66	10,2	83	12,8	39	6,0
700 . . . 800	1 080	217	29,0	77	10,3	99	13,3	42	5,7
800 . . . 900	809	239	28,2	88	10,3	116	13,6	46	5,4
900 . . . 1000	623	258	27,3	98	10,4	132	13,9	49	5,2
1000 . . . 1100	472	276	26,4	108	10,3	147	14,1	53	5,0
1100 . . . 1200	345	291	25,4	117	10,3	162	14,1	56	4,9
1200 . . . 1300	247	305	24,6	126	10,1	175	14,1	59	4,8
1300 . . . 1400	178	318	23,7	134	10,0	188	14,0	63	4,7
1400 . . . 1500	131	332	22,9	142	9,8	202	14,0	66	4,5
1500 . . . 1750	238	351	21,9	153	9,5	222	13,8	70	4,4
1750 . . . 2000	147	373	20,3	169	9,2	247	13,4	76	4,2
2000 . . . 3000	176	405	17,1	201	8,5	299	12,6	90	3,8
3000 . . . 4000	66	487	14,6	251	7,5	389	11,7	115	3,4
4000 . . . 5000	23	528	12,3	307	7,1	454	10,5	136	3,2
5000 und mehr	12	830	9,8	475	5,6	786	9,2	240	2,8
Insgesamt	16 230	166	28,3	58	9,8	73	12,5	34	5,8
unter 200	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
200 . . . 300	1 414	80	31,9	23	9,2	21	8,3	34	13,5
300 . . . 400	1 879	105	30,0	32	9,2	31	8,9	42	12,1
400 . . . 500	1 573	131	29,0	42	9,3	43	9,5	50	11,0
500 . . . 600	1 488	155	28,1	52	9,4	55	10,0	57	10,2
600 . . . 700	1 431	178	27,3	62	9,6	68	10,5	63	9,6
700 . . . 800	1 417	199	26,5	73	9,7	82	10,9	69	9,2
800 . . . 900	1 332	218	25,7	83	9,8	95	11,2	75	8,8
900 . . . 1000	1 231	237	24,9	93	9,8	109	11,5	80	8,4
1000 . . . 1100	1 115	254	24,2	103	9,8	122	11,6	85	8,1
1100 . . . 1200	1 004	271	23,6	112	9,7	135	11,7	90	7,8
1200 . . . 1300	892	286	22,9	120	9,6	147	11,8	95	7,6
1300 . . . 1400	797	301	22,4	127	9,4	159	11,8	99	7,4
1400 . . . 1500	689	316	21,8	134	9,3	171	11,8	103	7,1
1500 . . . 1750	1 288	337	20,9	145	9,0	189	11,7	110	6,8
1750 . . . 2000	879	366	19,6	161	8,6	214	11,5	120	6,5
2000 . . . 3000	1 245	416	17,1	192	7,9	265	10,9	142	5,8
3000 . . . 4000	396	494	14,6	240	7,1	346	10,2	178	5,2
4000 . . . 5000	155	547	12,6	285	6,5	417	9,6	211	4,8
5000 und mehr	145	729	9,7	412	5,5	624	8,3	314	4,2
Insgesamt	20 370	235	21,6	96	8,8	119	10,9	82	7,5
unter 200	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
200 . . . 300	281	75	28,2	22	8,4	20	7,4	51	19,1
300 . . . 400	1 040	97	26,9	30	8,4	29	7,9	63	17,4
400 . . . 500	1 355	118	26,0	38	8,5	38	8,3	74	16,3
500 . . . 600	1 384	140	25,3	47	8,6	49	8,8	84	15,3
600 . . . 700	1 248	162	24,8	57	8,7	60	9,2	94	14,4
700 . . . 800	1 166	184	24,4	66	8,8	73	9,7	103	13,6
800 . . . 900	1 129	204	23,9	76	8,9	85	10,0	111	13,0
900 . . . 1000	1 113	223	23,4	85	8,9	98	10,3	119	12,5
1000 . . . 1100	1 097	241	23,0	93	8,8	110	10,4	127	12,0
1100 . . . 1200	1 060	257	22,4	101	8,8	121	10,5	134	11,7
1200 . . . 1300	1 008	273	21,9	109	8,7	132	10,6	141	11,3
1300 . . . 1400	956	288	21,4	116	8,6	143	10,6	147	10,9
1400 . . . 1500	885	301	20,8	123	8,5	153	10,6	154	10,6
1500 . . . 1750	1 909	323	20,0	133	8,2	170	10,5	164	10,1
1750 . . . 2000	1 488	352	18,9	148	7,9	193	10,4	178	9,5
2000 . . . 3000	2 936	414	17,1	178	7,3	246	10,1	208	8,6
3000 . . . 4000	1 260	502	14,8	225	6,6	327	9,6	258	7,6
4000 . . . 5000	559	573	13,2	267	6,1	401	9,2	306	7,0
5000 und mehr	526	765	10,1	390	5,2	611	8,1	456	6,0
Insgesamt	22 400	287	18,2	118	7,5	155	9,8	152	9,6

Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland

Energie	Übrige Haushaltsführung		Verkehr und Nachrichten		Körper- u. Gesundh.pfl. Bildung u. Unterhaltg.		Persönliche Ausstattung u. Sonst.		Private Ersparnis		
	Durchschnittliche monatl. Aufwendungen je Haushalt	Durchschnittliche monatl. Aufwendungen je Haushalt	Durchschnittliche monatl. Aufwendungen je Haushalt	Durchschnittliche monatl. Aufwendungen je Haushalt	Durchschnittliche monatl. Aufwendungen je Haushalt	Durchschnittliche monatl. Aufwendungen je Haushalt	Durchschnittliche monatl. Aufwendungen je Haushalt	Durchschnittliche monatl. Aufwendungen je Haushalt	Durchschnittliche monatl. Aufwendungen je Haushalt	Durchschnittliche monatl. Aufwendungen je Haushalt	
	-in DM-	-in VH-	-in DM-	-in VH-	-in DM-	-in VH-	-in DM-	-in VH-	-in DM-	-in VH-	
1955											
8	5,1	18	11,9	6	3,7	8	5,3	6	4,0	3	1,7
12	4,8	30	11,9	11	4,4	17	6,8	10	4,1	9	3,8
16	4,5	42	11,9	17	4,9	27	7,6	15	4,2	16	4,6
19	4,2	54	11,9	23	5,2	37	8,2	20	4,4	24	5,3
22	4,0	66	11,9	30	5,4	47	8,6	25	4,5	32	5,8
24	3,7	78	12,0	36	5,6	58	9,0	30	4,6	40	6,2
27	3,5	90	12,0	43	5,8	69	9,3	36	4,7	48	6,5
29	3,4	102	12,0	50	5,9	81	9,5	41	4,9	57	6,7
31	3,2	115	12,1	57	6,1	93	9,8	47	5,0	67	7,1
32	3,1	128	12,3	65	6,2	105	10,0	54	5,1	78	7,4
34	3,0	143	12,5	73	6,4	118	10,3	61	5,3	90	7,8
35	2,8	158	12,7	82	6,6	132	10,6	68	5,5	103	8,3
37	2,7	172	12,9	91	6,8	145	10,8	76	5,7	117	8,7
38	2,6	190	13,1	101	7,0	161	11,1	85	5,9	132	9,1
40	2,5	214	13,4	116	7,2	183	11,4	97	6,1	157	9,8
42	2,3	253	13,8	140	7,6	218	11,9	120	6,5	199	10,8
45	1,9	346	14,6	199	8,4	300	12,7	173	7,3	305	12,9
52	1,6	512	15,4	305	9,2	450	13,5	269	8,1	495	14,9
57	1,3	692	16,1	418	9,7	604	14,0	376	8,7	733	17,0
86	1,0	1428	16,8	879	10,3	1305	15,3	810	9,5	1668	19,6
20	3,5	73	12,5	35	6,0	55	9,4	30	5,1	42	7,1
1964											
0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
14	5,6	27	10,8	14	5,4	15	6,1	10	4,1	13	5,2
18	5,2	38	10,8	21	5,9	24	6,9	15	4,3	23	6,7
22	5,0	49	10,9	29	6,4	33	7,4	20	4,3	33	7,3
26	4,7	60	10,9	37	6,7	42	7,7	24	4,4	43	7,8
29	4,4	72	11,0	46	7,1	52	7,9	29	4,5	53	8,1
31	4,2	83	11,1	55	7,3	61	8,1	34	4,6	64	8,5
34	4,0	95	11,1	64	7,6	71	8,3	40	4,7	75	8,8
36	3,8	106	11,2	74	7,8	81	8,5	46	4,8	88	9,2
38	3,6	118	11,3	85	8,1	92	8,7	52	5,0	101	9,6
39	3,4	131	11,4	95	8,3	103	8,9	59	5,1	115	10,0
41	3,3	144	11,5	107	8,5	114	9,1	65	5,2	129	10,4
42	3,1	157	11,6	119	8,8	126	9,4	73	5,4	145	10,8
44	3,0	170	11,7	131	9,0	138	9,5	80	5,5	162	11,2
45	2,8	193	11,9	152	9,4	159	9,8	93	5,8	192	11,9
48	2,6	228	12,2	184	9,9	191	10,2	114	6,1	240	12,9
53	2,2	311	12,8	260	10,7	265	10,9	163	6,7	362	14,9
61	1,8	454	13,4	394	11,6	394	11,6	249	7,3	580	17,1
68	1,6	605	13,9	537	12,3	525	12,0	343	7,9	821	18,8
87	1,2	1085	14,5	993	13,3	956	12,8	646	8,6	1633	21,8
34	3,1	130	12,0	99	9,1	104	9,5	62	5,7	129	11,8
1970											
0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
18	6,8	26	9,7	15	5,5	15	5,7	11	4,2	14	5,1
23	6,5	35	9,7	22	6,0	23	6,5	16	4,4	22	6,2
28	6,2	45	9,8	29	6,4	31	6,9	21	4,6	32	7,1
32	5,9	55	9,9	37	6,8	40	7,2	26	4,7	42	7,6
36	5,5	65	10,0	46	7,1	49	7,5	31	4,7	52	8,0
40	5,3	76	10,1	56	7,4	58	7,7	36	4,8	62	8,2
43	5,0	87	10,2	66	7,7	67	7,8	41	4,9	73	8,5
45	4,8	98	10,3	76	8,0	76	8,0	47	5,0	84	8,8
48	4,5	109	10,4	87	8,3	86	8,2	54	5,1	96	9,2
50	4,3	121	10,5	99	8,6	96	8,4	60	5,2	110	9,5
52	4,1	133	10,7	111	8,9	107	8,6	67	5,4	124	9,9
53	4,0	145	10,8	123	9,2	118	8,7	75	5,6	139	10,3
55	3,8	158	10,9	136	9,4	129	8,9	83	5,7	155	10,7
57	3,5	180	11,1	160	9,9	149	9,2	97	6,0	185	11,4
60	3,2	212	11,4	195	10,5	179	9,6	118	6,3	230	12,3
67	2,8	286	11,8	276	11,4	248	10,2	167	6,9	337	13,9
77	2,3	420	12,3	422	12,4	371	10,9	256	7,5	541	15,9
86	2,0	555	12,7	570	13,1	495	11,4	346	7,9	757	17,4
110	1,5	1015	13,5	1079	14,3	918	12,2	663	8,8	1538	20,4
52	3,3	183	11,5	168	10,7	154	9,7	103	6,5	208	13,2

von Einkommensbeziehern, wendet für diesen Bereich einen nahezu gleichen Anteil ihrer verfügbaren Einkommen auf. Auch unter Einbeziehung der extremen Einkommensschichten halten sich die Abweichungen vom durchschnittlichen Ausgabenanteil in vergleichsweise engen Grenzen.

Verkehr und Nachrichten

Besonders steil haben sich die Ausgaben für Verkehrsleistungen entwickelt. Mit der Motorisierungswelle haben die Ausgaben für das private Kraftfahrzeug sprunghaft zugenommen. Noch erheblich höhere als die hier nachgewiesenen durchschnittlichen Aufwendungen ergeben sich für Haushalte mit eigenem Personenwagen, dagegen wird in Rentner-Haushalten für individuelle Verkehrsleistungen relativ wenig Geld ausgegeben.

Von 1955 bis 1970 hat sich der Anteil der Aufwendungen für Verkehr und Nachrichtenwesen von 6,0 auf 10,7 vH stärker als der jeder anderen Verbrauchsgruppe erhöht. Seitdem hat sich die überdurchschnittliche Entwicklung allerdings nicht mehr fortgesetzt. Ölkrise und konjunkturelle Unsicherheit haben dazu beigetragen, daß der Anteil der Verkehrsausgaben 1974 wieder auf 10 vH gesunken ist. Wie sehr die Höhe dieser Ausgaben von der privaten Fahrzeughaltung beeinflußt wird, ist auch daran zu erkennen, daß der Ausgabenanteil von niedrigen zu hohen Einkommen auf fast das Dreifache zunimmt.

Sonstiger Verbrauch

Die Ausgaben für Körper- und Gesundheitspflege sowie Bildung und Unterhaltung, hier in einer Gruppe zusammengefaßt, sind sehr heterogen; sie werden etwa zur Hälfte für Güter und für Dienstleistungen verwendet. Bei den Dienstleistungen handelt es sich zumeist um „Wohlstandsausgaben“, die in Haushalten mit höherem Einkommen stärker vertreten sind. Gerade für die Nachfrage nach Dienstleistungen sind die erkennbaren Tendenzen aber nicht eindeutig: Ihrem Vordringen in der Verbrauchsstruktur werden durch überdurchschnittlich steigende Preise Grenzen gesetzt; zugleich sind Anzeichen erkennbar, Dienstleistungen durch Eigenleistung zu „substituieren“.

Der durchschnittliche Anteil der für diesen Bereich aufgewendeten Beträge war in allen Jahren bemerkenswert konstant; er schwankte lediglich zwischen 9,4 und 9,9 vH. Recht groß waren dagegen die Unterschiede der mit der Einkommenshöhe steigenden Anteile des Haushaltsbudgets: Sie differierten 1970 zwischen 5,7 und 12,2 vH.

Schließlich gehören auch die Ausgaben für die persönliche Ausstattung – insbesondere Schmuck und Uhren – sowie die sonstigen Ausgaben, in denen Bank- und Beherbergungsleistungen überwiegen, zum elastischen Bedarf, der aus dem freien Einkommen bestritten wird. Die dafür aufgewendeten

Anteile sind relativ stark, von 5,1 auf 7,3 (1955 bis 1974), gestiegen. Auch hier ist die Einkommensabhängigkeit deutlich ausgeprägt: Haushalte mit sehr hohem Einkommen geben dafür einen doppelt so hohen Anteil aus wie solche mit niedrigem Einkommen.

Entwicklung der privaten Ersparnisse

In den letzten Jahren sind die Kenntnisse der statistischen Zusammenhänge zwischen Einkommen und Sparneigung, insbesondere hinsichtlich einzelner Sparmotive, durch mehr primärstatistisches Material erheblich verbessert worden. Allgemein nimmt das Sparen mit hohem Einkommen stark zu; bei der Spartätigkeit sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Einkommensklassen erheblich größer als etwa die Differenzierung bei anderen Verwendungsbereichen.

Waren es 1955 erst rund 7 vH, so wurden 1975 bereits 16 vH des verfügbaren Einkommens gespart. An der nicht steten, in einigen Jahren sogar rückläufigen Entwicklung ist jedoch zu erkennen, daß die Sparneigung nicht allein vom Einkommen abhängig ist, sondern daß auch andere Faktoren – Zinspolitik, Verfassung des Kapitalmarktes, unterschiedliches Vertrauen in die konjunkturelle Entwicklung u. a. – das Sparaufkommen beeinflußt haben. In den ausgewählten Jahren lagen bei unterschiedlicher Einkommenshöhe die Sparanteile sehr weit auseinander: Waren es bei niedrigen Einkommen in der Regel rund 5 vH, so wurde bei monatlich 5 000 DM übersteigenden Haushaltseinkommen ein Fünftel gespart. Bei hohen Einkommen dürfte allerdings das Altersvorsorgesparen eine größere Bedeutung haben als bei niedrigeren, da hier Ansprüche auf gesetzliche Altersversorgung nicht immer existieren.

Preisanstieg und realer Verbrauch

Die Verbesserung des Lebensstandards wird durch die nominale Entwicklung der privaten Ausgaben dann nicht mehr zutreffend gekennzeichnet, wenn die Preissteigerungen so gravierend werden wie seit 1970. Auch davor war das Tempo der Preissteigerung nicht unerheblich: Von 1955 bis 1970 stieg der Preisindex für die Lebenshaltung immerhin um 43 vH, von 1955 bis 1975 insgesamt sogar um 91 vH. Für einzelne Ausgabengruppen wichen die Preissteigerungen erheblich vom Durchschnitt ab: Sie waren relativ gering für Genußmittel und Hausrat und lagen auch für Bekleidung weit unter dem Durchschnitt. Am stärksten waren die Preisanhebungen für Wohnungsnutzung; wesentlich überschritten wurde der Durchschnitt auch bei den Preisen für Bildung und Unterhaltung.

Durch die Deflationierung der vorliegenden Daten ergeben sich zwar keine wesentlichen Änderungen

Preisindex für die Lebenshaltung nach Verwendungsbereichen*)
1962 = 100

	1955	1960	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Nahrungsmittel	87,0	95,2	105,8	110,6	113,3	112,7	110,8	114,5	117,5	122,9	130,7	139,2	147,3	155,9
Genußmittel	100,8	99,1	101,6	101,8	105,9	108,9	111,1	111,7	115,8	120,0	126,5	133,6	136,9	139,3
Bekleidung	87,0	95,2	104,3	107,1	110,6	112,1	112,1	113,3	118,3	125,5	133,2	143,3	153,8	161,4
Wohnungsmiete	74,7	89,1	112,4	119,0	129,6	137,6	147,4	160,4	167,4	177,9	187,8	199,9	211,4	227,2
Energie	86,8	96,5	104,1	106,0	107,3	108,4	115,6	117,4	124,0	130,5	139,1	148,9	169,9	191,8
Übrige Haushaltsführung	91,8	96,3	101,1	102,9	104,2	103,5	102,6	103,1	106,7	111,7	116,1	119,2	127,5	136,5
Verkehr und Nachrichten	86,8	96,1	105,3	106,4	110,5	114,0	116,6	116,7	119,5	131,6	140,9	147,2	160,1	168,6
Körper- und Gesundheitspflege	86,5	94,0	104,2	107,4	112,2	113,9	119,9	121,5	126,4	132,8	139,5	145,4	155,1	169,5
Bildung und Unterhaltung	81,4	92,4	107,2	111,4	115,7	119,7	125,3	128,5	135,7	142,4	149,0	156,9	171,4	179,4
Lebenshaltung, gesamt	86,7	94,9	105,4	109,0	112,8	114,4	116,1	119,3	123,7	130,4	137,9	146,2	156,2	165,8

*) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie M, Reihe 6: Preise und Preisindices der Lebenshaltung.

in der Rangfolge der Expansion einzelner Ausgabenbereiche; indes schrumpfen die Abstände in der realen Rechnung zusammen: Bei geringer Preissteigerung war in der Regel die nominale Zunahme der Ausgaben kleiner, bei höherer Preisrate dagegen erheblich größer.

Künftige Entwicklung

Das künftige Verbraucherverhalten aus den vorliegenden Ergebnissen einfach zu extrapolieren, führt wahrscheinlich zu keinen zutreffenden Resultaten: Einmal ist der Anteil des frei verfügbaren — also nicht vorweg disponierten — Einkommens inzwischen

so beträchtlich, daß das Verbraucherverhalten privater Haushalte neben der Einkommensentwicklung immer mehr von anderen Einflüssen mitbestimmt wird.

Außerdem deutet sich in der Entwicklung seit 1970 an, daß die Ausgaben für einzelne Verwendungsbereiche gleichmäßiger als früher zunehmen. Damit weicht die Einkommenselastizität der Nachfrage im einzelnen weniger als bisher vom Durchschnitt ab. Diese Angleichung der Zuwachsraten wird sich um so deutlicher zeigen, je geringer, verglichen etwa mit der Periode 1970/75, die künftigen Einkommenssteigerungen sind.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Mittelmeerländern

Auf dem Wege zu einer gemeinsamen Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik strebt die Europäische Gemeinschaft eine weitreichende vertragliche Regelung ihrer Beziehungen zu den Nichtmitgliedsländern im Mittelmeerraum¹ an. Nach möglichst einheitlichen, nichtdiskriminierenden Grundsätzen soll zu einer besseren und ausgewogeneren Entwicklung dieses Raumes beigetragen werden, und zwar nicht nur mit handelspolitischen Maßnahmen, sondern auch im finanziellen, technologischen und sozialen Bereich. Allerdings erlauben die Interessengegensätze der beteiligten Länder hier keinen einheitlichen Vertrag wie mit den AKP-Ländern² im Abkommen von Lomé, sondern nur die Formulierung globaler Grundsätze (Globalkonzept).

Divergierende Interessen

Die Uneinheitlichkeit der Interessenlage läßt sich an politischen und ökonomischen Kriterien ablesen. So haben die einzelnen E G - L ä n d e r unterschiedliche geographische Schwerpunkte in ihren Beziehungen zu den Mittelmeerländern. Als Beispiel mag die bilaterale öffentliche Entwicklungshilfe dienen.

Die Bundesrepublik Deutschland konzentriert ihre Leistungen in den siebziger Jahren auf Israel und

¹ Dazu gehören alle Mittelmeeranrainer außerhalb der Gemeinschaft zuzüglich Portugal und Jordanien. Albanien und Libyen sind ausgenommen, weil sie nicht an besonderen Beziehungen zur Gemeinschaft interessiert sind.

² 46 Länder in Afrika, im Karibischen und Pazifischen Raum.

Mittelmeerländer: Bevölkerung, Sozialprodukt und Außenhandel

	Bevölkerung 1974 in Mill.	Sozialprodukt je Einwohner 1974 in \$	Exporte Durchschnitt 1973/74		Importe Durchschnitt 1973/74	
			insgesamt in Mill. \$	Anteil EG in vH	insgesamt in Mill. \$	Anteil EG in vH
Mittelmeerländer gesamt	203,69	990	24 521,7	44,2	45 760,9	43,8
davon:						
Europäische Länder						
Griechenland	8,96	1 970	1 741,8	52,1	3 926,2	46,3
Jugoslawien	21,16	1 200	3 547,7	30,9	6 424,2	40,8
Malta	0,32 ¹⁾	1 120 ¹⁾	119,5	64,9	301,1	66,9
Portugal	9,01	1 540	2 056,2	48,4	3 758,7	44,3
Spanien	35,11	1 960	6 108,8	47,6	12 484,9	38,6
Türkei	38,85	690	1 424,3	46,6	2 931,2	48,2
Zypern	0,65	1 310	165,2	56,6	429,5	52,9
Maghrebländer						
Algerien	15,18	650	3 177,1	55,4	3 191,1	66,0
Marokko	16,29	430	1 325,3	59,1	1 527,3	53,0
Tunesien	5,64	550	655,1	55,7	871,0	60,4
Maschrekländer						
Ägypten	36,35	280	1 157,7	21,7	1 954,1	39,7
Jordanien	2,62	400	105,4	0,1	405,0	28,8
Libanon	3,07	1 080	699,0	23,3	1 820,1	43,3
Syrien	7,18	490	608,0	26,7	922,0	39,2
Israel	3,30	3 380	1 630,6	38,0	4 814,5	37,1

1) Geschätzt.

Quellen: Weltbankatlas 1975; IMF, Direction of Trade, Annual 1970—74.

Jugoslawien; Großbritannien und Frankreich bevorzugen ihre ehemaligen Kolonien in diesem Raum. Allgemein bestehen ökonomische Konflikte zwischen den Ländern, die sich — wie etwa die Bundesrepublik, Großbritannien und Belgien-Luxemburg — von einer verstärkten handelspolitischen Zusammenarbeit vor allem einen besseren Absatz ihrer Industrieprodukte versprechen, und den übrigen Ländern mit noch ausgeprägter landwirtschaftlicher Produktion, die vor allem die Konkurrenz von Agrarimporten aus dem Mittelmeerraum fürchten.

Auch die Mittelmeerländer haben unterschiedliche politische und ökonomische Interessen. Zu den wichtigsten politischen Konflikten zählen die Zypernfrage, die die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei belastet, und die israelisch-arabischen Auseinandersetzungen. Die ökonomischen Indikatoren zeigen — mit Ausnahme der Türkei und Israels — ein Nord-Süd-Gefälle des Entwicklungsstandes.

Insgesamt ist die Gemeinschaft von großer Bedeutung für den Handel des Mittelmeerraumes: Sie

Handelsverflechtung der Europäischen Gemeinschaft mit den Mittelmeerländern

Durchschnitt 1973/1974

	Importe				Exporte			
	EG		dar.: BRD		EG		dar.: BRD	
	in Mill. \$	in vH	in Mill. \$	in vH	in Mill. \$	in vH	in Mill. \$	in vH
Mittelmeerländer gesamt	12 114,7	100,0	3 689,5	100,0	20 104,4	100,0	6 414,3	100,0
davon:								
Europäische Länder								
Griechenland	1 066,6	8,8	488,3	13,2	2 146,9	10,7	783,1	12,2
Jugoslawien	1 430,3	11,8	618,1	16,8	2 784,4	13,8	1 438,9	22,4
Malta	71,1	0,6	11,3	0,3	183,8	0,9	21,8	0,3
Portugal	1 047,9	8,6	171,8	4,7	1 783,9	8,9	559,8	8,7
Spanien	3 182,4	26,4	796,4	21,6	4 549,5	22,5	1 472,0	23,0
Türkei	742,6	6,1	269,0	7,3	1 503,8	7,5	584,1	9,1
Zypern	105,6	0,9	16,9	0,5	254,3	1,3	41,5	0,6
Maghrebländer								
Algerien	1 927,9	15,9	813,4	22,0	1 987,4	9,9	396,3	6,2
Marokko	901,6	7,4	131,6	3,6	779,5	3,9	125,5	2,0
Tunesien	370,5	3,1	55,6	1,5	540,6	2,7	74,8	1,2
Maschrekländer								
Ägypten	275,9	2,3	60,0	1,6	730,0	3,6	166,8	2,6
Jordanien	2,8	0,0	0,5	0,0	133,1	0,7	38,5	0,6
Libanon	170,8	1,4	20,0	0,5	761,3	3,8	169,1	2,6
Syrien	211,8	1,7	56,0	1,5	416,1	2,1	126,6	2,0
Israel	606,9	5,0	160,6	4,4	1 549,8	7,7	415,5	6,5

Quelle: EG, Eurostat, Monatsstatistik für den Außenhandel, Heft 6/1975.

Bedeutung ausgewählter¹⁾ Waren für den Handel der Mittelmeerländer mit der Europäischen Gemeinschaft

Durchschnitt 1972/73

Land	Ware	Anteil am Export in die EG in vH	Anteil am Import der EG ²⁾ in vH	Ware	Anteil am Export in die EG in vH	Anteil am Import der EG ²⁾ in vH	Ware	Anteil am Export in die EG in vH	Anteil am Import der EG ²⁾ in vH
Mittelmeerländer gesamt . . .	Zitrusfrüchte . . .	6,5	81,6	Bekleidung . . .	5,4	24,1	Wein	2,9	89,6
Europäische Länder									
Griechenland	Bekleidung	6,5	2,5	Baumwollgarne	5,9	19,0	Olivenöl	1,8	7,9
Jugoslawien	Bekleidung	16,7	10,5	Rindfleisch	6,8	10,2	Schuhe	1,4	5,7
Malta	Bekleidung	34,1	0,9	Baumwollgarne	4,8	1,1	Kartoffeln	2,4	1,5
Portugal	Bekleidung	11,4	4,2	Wein	8,1	21,0	Baumwollgarne	3,7	11,6
Spanien	Zitrusfrüchte	11,9	42,9	Wein	4,5	39,6	Tomaten	3,6	53,6
Türkei	Baumwolle, roh	18,0	11,3	Nüsse	14,2	28,5	Baumwollgarne	6,4	15,2
Zypern	Zitrusfrüchte	22,5	3,3	Kartoffeln	19,0	22,7	Wein	8,3	3,0
Maghrebländer									
Algerien	Wein	2,8	10,9	Zitrusfrüchte	1,4	2,2	Olivenöl	0,2	1,1
Marokko	Zitrusfrüchte	15,3	13,3	Tomaten	10,1	36,0	Olivenöl	4,9	16,7
Tunesien	Olivenöl	23,0	29,7	Wein	4,4	3,5	Bekleidung	3,4	0,4
Maschrekländer									
Ägypten	Baumwolle, roh	30,8	6,6	Baumwollgarne	7,0	5,8	Kartoffeln	7,0	15,8
Jordanien	Nahrungsmittel	7,8	0,0	Baumwolle, roh	0,9	0,0	—	—	—
Libanon	Nahrungsmittel	9,5	0,1	Olivenöl	0,4	0,2	Bekleidung	0,4	0,0
Syrien	Baumwolle, roh	30,0	3,7	Baumwollgarne	1,0	0,5	—	—	—
Israel	Zitrusfrüchte	23,2	16,7	Bekleidung	5,9	1,5	Schnittblumen	1,7	21,7

1) Die Waren wurden nach folgenden Kriterien ausgewählt: a) mindestens 5 vH Anteil am Gesamtexport des Landes und b) Konkurrenz zu inländischen Anbietern der EG, bei gewerblichen Produkten Einstufung als sensibles Produkt durch die EG. Von diesen Waren werden jeweils die drei wichtigsten genannt. — 2) Importe der jeweiligen Waren aus Drittländern.
Quelle: OECD, Serie C, Trade by Commodities.

ist im Durchschnitt mit jeweils 44 vH an den Exporten und Importen dieser Ländergruppe beteiligt³. Während sie aber beispielsweise vom Export Maltas fast zwei Drittel aufnimmt, sind es im Falle Jordaniens weniger als 1 vH. Für den Außenhandel der Gemeinschaft sind die Mittelmeerländer zwar nicht ähnlich wichtig, sie haben aber mit einem Anteil von 9 vH an den Drittländerimporten der Gemeinschaft und 17 vH am entsprechenden Export ein stärkeres Gewicht als die 46 AKP-Staaten, insbesondere als Absatzmarkt: sie nehmen mehr als dreimal so viel Produkte ab wie diese. Spanien ist dabei der wichtigste Handelspartner, während die Maschrekländer — Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien — eine eher bescheidene Rolle spielen. Algeriens Bedeutung ist nach der Erdölpreiserhöhung erheblich gestiegen und übertrifft jetzt den Anteil Jugoslawiens an den Importen der Gemeinschaft aus den Mittelmeerländern. Griechenland, Portugal und Israel sind weitere wichtige Handelspartner unter den Mittelmeerländern, vor allem als Abnehmer von EG-Produkten.

Besondere Probleme für die Gestaltung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Räumen liegen darin, daß die Mittelmeerländer — stärker als die anderen Entwicklungsländer — auf die Ausfuhr von Nahrungsmitteln angewiesen sind, der Agrarbereich aber in der Europäischen Gemeinschaft einen denkbar starken Außenschutz genießt. Die Nahrungsmittel machen 30 vH der Exporte in die Gemeinschaft aus. Bei einzelnen Mittelmeerländern, z. B. bei Zypern, Marokko, der Türkei und Israel, ist dieser Anteil

noch beträchtlich höher. Wichtige Posten unter den Nahrungsmittlexporten sind Zitrusfrüchte (Israel und Zypern), Kartoffeln (Zypern), Nüsse (Türkei), Tomaten (Marokko), ferner Olivenöl (Tunesien). Auch unter den anderen Produkten, die einen wesentlichen Anteil am Export einzelner Mittelmeerländer haben, sind einige, die von der Gemeinschaft als „sensibel“ eingestuft werden und ebenfalls besonderen Einfuhrregelungen unterliegen: Baumwolle (Ägypten, Syrien und Türkei) und Bekleidung (Malta und Jugoslawien).

Bei einigen dieser Produkte haben die Mittelmeerländer auch eine herausragende Stellung unter den ausländischen Anbietern auf dem Markt der Gemeinschaft: Bei Kartoffeln, Tomaten, Wein und Olivenöl beträgt ihr Anteil an den jeweiligen Drittländerimporten der Europäischen Gemeinschaft etwa 90 vH, bei Zitrusfrüchten und Nüssen etwa 80 bzw. 60 vH, bei Baumwollgarn reichlich 60 vH. Allerdings ist die Bedeutung der Importe für die Versorgung des Gemeinsamen Marktes von Produkt zu Produkt sehr unterschiedlich. Während beispielsweise bei Zitrusfrüchten der Drittländerimport die Eigenerzeugung um 30 vH übersteigt, beträgt er bei Wein und Kartoffeln nur einen Bruchteil (Wein 5 vH, Kartoffeln 1 vH) der Eigenerzeugung in der Gemeinschaft.

Unterschiedliche Interessenstandpunkte spiegeln sich auch in der Verschiedenartigkeit der Handels- und Assoziationsabkommen der

³ Die Angaben beziehen sich auf den Durchschnitt der Jahre 1973/74, bei der Warenstruktur auf 1972/73.

Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Mittelmeerländern

Land	Art des Abkommens	Gültig ab Dauer	Art der Präferenzen, Ziele	Stand
Europäische Länder				
Griechenland	Assoziation	1.11.1962 unbegrenzt Der Vertrag ruhte von 1967-1974	schrittweise Errichtung einer Zollunion	Beitrittsgesuch im Juni 1975
Jugoslawien	1. nicht-präferentielles Handelsabkommen 2. nicht-präferentielles Handelsabkommen 3. Präferenzabkommen für Baumwolltextilien	1. 5.1970 3 Jahre 1. 9.1973 5 Jahre 1. 1.1973 1 Jahr mit automatischer Verlängerung) Meistbegünstigung,) Abschlag auf Ab-) schöpfung bei) baby-beef Kontingente und Plafonds	Ausdehnung der Zusammenarbeit in Anlehnung an das Globalkonzept wurde in Aussicht genommen, finanzielle Leistungen zugesagt
Malta	Assoziation	1. 4.1971 1.Stufe 5 Jahre	zweistufige Er- richtung einer Zollunion	Verlängerung der 1.Stufe des Abkommens wurde be- schlossen, Einigung über Ausdehnung der Zusamen- arbeit im Rahmen des Globalkonzeptes
Portugal	Präferentielles Handelsabkommen	1. 1.1973 unbegrenzt	schrittweise Errichtung einer Frei- handelszone	Mandat zur Eröffnung von Handels- und Koopera- tionsverhandlungen wurde Anfang dieses Jahres erteilt
Spanien	Präferentielles Handelsabkommen	1.10.1970 1.Stufe 6 Jahre	zweistufige Er- richtung einer Freihandelszone	Die im Herbst 1975 aufgrund der politischen Er- eignisse in Spanien unterbrochenen Kontakte über Handelsfragen wurden Anfang dieses Jahres wieder aufgenommen
Türkei	Assoziation	1.12.1964 unbegrenzt	wie Griechenland	-
Zypern	Assoziation	1. 6.1973 1.Stufe 4 Jahre	wie Malta	Ausdehnung auf andere Bereiche im Rahmen des Globalkonzeptes wird beraten
Maghrebländer				
Algerien	1. Teil der EG 2. Vertragloser Zustand 3. Kooperationsabkommen	1. 1.1958 bis Unabhängigkeit 3. 7.1962 bis jetzt April 1976 unterzeichnet unbegrenzt	wie Mitgliedsland Sonderbehandlung in Frankreich u. einigen EG-Ländern Einseitige Handels- präferenzen und Kooperation in anderen Bereichen	Bis zum Inkrafttreten des Kooperationsabkommens ist eine Interimslösung für den Handel vorge- sehen. Die Sonderbehandlung in Frankreich soll bis 1.1.1979 befristet werden
Marokko	1. Assoziation	1. 9.1969 5 Jahre, verlängert	Konzessionen im Handel, Sonderbe- handlung in Frankreich	wie Algerien
Tunesien	wie Marokko	wie Marokko	wie Marokko	wie Algerien
Maschrekländer				
Ägypten	1. Präferentielles Handelsabkommen 2. Baumwolltextilabkommen	1.11.1973 5 Jahre 1.10.1970 bis Ende 1973	Konzessionen für einzelne Güter im Rahmen des langfristigen Baumwollabkommens	Verhandlungen für ein Kooperationsabkommen im Rahmen des Globalkonzeptes wurden im Februar 1976 aufgenommen
Jordanien	-	-	-	wie Ägypten
Libanon	1. nicht-präferentielles Handelsabkommen 2. präferentielles Handelsabkommen	1. 7.1968 3 Jahre, verlängert bis 1. 7.1976 - beschlossen 1972 für 5 Jahre, im Libanon nicht ratifiziert	Meistbegünstigung, Koordinerung der bilateralen Technischen Hilfe	Neue Verhandlungen im Rahmen des Global- konzeptes sind wegen des Bürgerkrieges aufgeschoben
Syrien	-	-	-	wie Ägypten
Israel	1. nicht-präferentielles Handelsabkommen 2. präferentielles Handelsabkommen 3. präferentielles Handelsabkommen	1. 7.1964 3 Jahre, angewandt bis 30.9.1970 1.10.1970 5 Jahre 1. 7.1975 unbegrenzt	Konzessionen für einzelne Güter schrittweise Zollsenkungen schrittweise Er- richtung einer Freihandelszone	Das neue Abkommen mit Israel ist das erste Abkommen im Rahmen des Globalkonzeptes; es kann auf andere Bereiche ausgedehnt werden

Gemeinschaft mit einzelnen Mittelmeerländern wider. Von den europäischen Mittelmeerländern — sie spielen insofern eine Sonderrolle, als nur ihnen grundsätzlich der EG-Beitritt offensteht — sind Griechenland und die Türkei durch Assoziationsverträge⁴ bisher schon enger mit der Europäischen Gemeinschaft verbunden als die übrigen Mittelmeerländer. Sie werden von der neuen Mittelmeerpolitik insoweit tangiert, als ihre Vorzugsstellung auf dem Gemeinsamen Markt gefährdet ist. Die Assoziation mit Malta und Zypern ist noch locker. Eine engere Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit Spanien und Portugal scheiterte bisher an politischen Vorbehalten.

Die Abgrenzung zwischen den alten Assoziations- und Handelsabkommen ist — abgesehen von der unterschiedlichen juristischen Grundlage im Vertrag von Rom — unscharf. Es gab z. B. ein Handelsabkommen, das auch Technische Hilfe einschloß (Libanon), während einige Assoziationsverträge auf Handelskonzessionen beschränkt waren (Malta, Zypern, Marokko und Tunesien). Diese unterschiedlichen Vertragsarten werden auch in der neuen Mittelmeerpolitik beibehalten, denn anders als mit den AKP-Staaten verhandelt die Gemeinschaft im Rahmen des Globalkonzeptes mit den einzelnen Mittelmeerländern gesondert.

Die neue Mittelmeerpolitik: Im Globalkonzept . . .

Wegen der überragenden Bedeutung, die der Handel für die Mittelmeerländer in ihren Beziehungen zur Gemeinschaft hat, steht die Liberalisierung des Handels im Mittelpunkt des Globalkonzeptes. Sie soll ergänzt werden durch „eine vertragliche Kooperation mit kohärenten Maßnahmen auf dem Gebiet des Kapitalverkehrs, der Technologie, der Energiewirtschaft, der Beschäftigung und des Umweltschutzes“⁵. Das Ziel der Handelsliberalisierung ist die Schaffung einer Freihandelszone für den gesamten Mittelmeerraum⁶. Im gewerblichen Bereich sollen schrittweise alle Beschränkungen aufgehoben, im Agrarbereich etwa 80 vH der EG-Exporte der einzelnen Mittelmeerländer durch die Zugeständnisse der Europäischen Gemeinschaft begünstigt werden. Dabei soll der Abbau von Zöllen und Kontingenten für Agrarprodukte Hand in Hand gehen mit einer Koppelung an die europäischen Marktordnungen, z. B. durch Auflagen über die Preisgestaltung, Zeitpläne für die Einfuhrerleichterungen und andere Schutzmaßnahmen. Die Einfuhrerleichterungen für ein bestimmtes Agrarprodukt können für jedes Mittelmeerland anders aussehen, nur insgesamt wird ein gleichgewichtiges Verhältnis der Konzessionen angestrebt.

Für den Abbau von Handelshemmnissen und die Gegenleistungen sind unterschiedliche Fristen vorgesehen, die sich nach Entwicklungsstand und Wett-

bewerbsfähigkeit richten. Anders als gegenüber den AKP-Staaten wird nicht von vornherein auf Reziprozität der Handelspräferenzen verzichtet, weil die Mittelmeerländer insgesamt rascher wettbewerbsfähig werden als jene.

Bei der vorgesehenen Kooperation in anderen Bereichen wird ebenfalls im Rahmen globaler Grundsätze nach den individuellen Bedürfnissen der Länder differenziert: Finanzielle Leistungen in Form von Technischer Hilfe oder Kapitalhilfe sollen insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern dieser Region zugute kommen. Eine Zusammenarbeit im Bereich der Beschäftigungspolitik ist nur mit jenen Ländern vorgesehen, die schon heute in größerem Umfang Arbeitskräfte in die Gemeinschaft entsenden. Ziel ist, die Voraussetzungen für die Arbeitsaufnahme in der Gemeinschaft und die Arbeitsbedingungen unter Ausschaltung jeglicher Diskriminierung zu verbessern. Eine Kooperation im Bereich des Umweltschutzes mit dem Ziel der Reinhaltung des Mittelmeeres entspricht dem langfristigen Interesse aller Anrainerstaaten. Durch eine angemessene Kostenverteilung könnten besonders zwei Probleme in Angriff genommen werden: Ableitung von Abwässern im Küstengebiet und Versenkung von Schadstoffen auf offener See. Für die industrielle Zusammenarbeit will die Gemeinschaft Rahmenbedingungen vereinbaren, die das Engagement der privaten Unternehmen fördern sollen.

. . . und in neuen Verträgen

Ein Vergleich der bisher im Rahmen der Globalisierung abgeschlossenen Verträge mit Israel und den drei Maghrebländern Algerien, Marokko und Tunesien zeigt die Spannweite dieses Konzeptes:

- Das Abkommen mit Israel ist ein präferentielles Handelsabkommen und früher — z. B. mit Portugal — geschlossenen Verträgen sehr ähnlich.
- Die Abkommen mit den Maghrebländern⁷ entsprechen den früheren Assoziationsverträgen, für die heute der Ausdruck Kooperationsabkom-

⁴ Dies waren die einzigen Assoziationsverträge mit Mittelmeerländern, die auch „Finanzprotokolle“ enthielten, im Falle Griechenlands über 125 Mill. RE für 5 Jahre, für die Türkei zwei über insgesamt 417 Mill. RE für 10 1/2 Jahre.

⁵ Vgl. Die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den Mittelmeerländern, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, SEK (72)3111 endg., S. 3.

⁶ Bzw. einer Zollunion mit denjenigen europäischen Mittelmeerländern, deren politische und wirtschaftliche Strukturen eine spätere Integration mit der Gemeinschaft gestatten.

⁷ Die drei Verträge sind bis auf geringe Ausnahmen hinsichtlich bestimmter Produkte identisch.

men bevorzugt wird und die sich auch auf andere Bereiche der Zusammenarbeit als den Handel erstrecken⁸.

Zwischen den handelspolitischen Vereinbarungen nach den beiden Vertragstypen bestehen erhebliche Differenzen: Die Gemeinschaft öffnet ihren Markt gegenüber Israel nur schrittweise, während die Maghrebländer sofort Zollfreiheit genießen, ausgenommen landwirtschaftliche und besonders sensible Produkte⁹. Als sensible Produkte gelten in beiden Gebieten Erdölzeugnisse, im Falle Israels außerdem einige chemische Erzeugnisse, Textilien, Flachglas und Aluminiumbleche und schließlich Korkprodukte aus den Maghrebländern. Für diese sensiblen Waren eröffnet die Gemeinschaft befristet Einfuhrplafonds. Bei der wie üblich vorgesehenen Erhöhung der Plafonds wird auch zwischen den Maghrebländern geringfügig differenziert. So ist sie bei Korkprodukten auf jährlich 3 vH für Algerien und Marokko und auf 4 vH für Tunesien festgesetzt. Ebenso ist z. B. die Einfuhrfrist bei Frühkartoffeln für Tunesien günstiger geregelt. Bei anderen landwirtschaftlichen Produkten¹⁰ sind die Konzessionen für die drei Maghrebländer sowie Israel meist einander angeglichen, die Gewährung setzt häufig die Beachtung von Mindestpreisen voraus.

Gegenüber den Maghrebländern hat die Gemeinschaft — im Gegensatz zu den früheren Assoziationsabkommen — vorerst auf jede Präferenzierung ihrer eigenen Ausfuhren verzichtet¹¹. Israel dagegen ist verpflichtet, Zölle und andere Handelshemmnisse für Waren aus der Gemeinschaft schrittweise zu beseitigen, darf dies aber — anders als die Gemeinschaft — langsamer tun und hat mehr Ausnahmen zugestanden bekommen.

Die Art der Konzessionen für einzelne Produkte ist in beiden Vertragstypen weitgehend identisch. Die Unterschiede betreffen die Anpassungszeiträume und das Maß an Gegenseitigkeit der Zugeständnisse; entsprechend den Grundsätzen des Globalkonzeptes sind sie nach Entwicklungsstand und Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Mittelmeerlandes differenziert.

Nicht alle Handelsfragen sind aber bisher in das Globalkonzept einbezogen worden. Hierzu zählen vor allem Agrarlieferverträge nach dem Muster des Abkommens mit Ägypten zur Lieferung von Weichweizen, Zucker, Rindfleisch, Magermilchpulver, Käse und Mischfutter (mit einem hohen Anteil von Magermilch- und Molkepulver) durch die Gemeinschaft. Mit steigenden Überschüssen an nicht absetzbarem Milchpulver, Rindfleisch und Getreide wuchs das Interesse der Gemeinschaft an langfristigen Abnahmeverträgen. Auf der anderen Seite sind einige Mittelmeerländer (Türkei, Malta, Zypern, die Magh-

reb- und die Maschrekländer) auch Empfänger von EG-Nahrungsmittelhilfe und haben einen gewissen Einfuhrbedarf. Langfristige Agrarlieferverträge sind aber innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sehr umstritten, da die Gefahr besteht, daß damit künftige Überschüsse geradezu programmiert werden. Sie werden deshalb vermutlich nicht in die Globallösung aufgenommen¹².

Anders als die Handelspolitik, die seit 1970 in die Kompetenz der Gemeinschaft fällt, ist die Entwicklungshilfe noch weitgehend Ländersache. Die im Globalkonzept vorgesehene Kooperation im finanziellen Bereich betrifft daher nur einen Teil der Mittel, die die EG-Länder an die Mittelmeerländer zahlen. Bisher ist im Rahmen des Globalkonzeptes vereinbart worden, daß die Maghrebländer und Malta innerhalb von fünf Jahren 339 bzw. 26 Mill. RE erhalten und Portugal für 1976/77 einen Überbrückungskredit in Höhe von 150 Mill. RE bekommt. Außerdem einigten sich die EG-Länder Anfang Mai d. J. darauf, den übrigen Mittelmeerländern (einschließlich Griechenland und Türkei) weitere 1,25 Mrd. RE für die nächsten fünf Jahre zur Verfügung zu stellen. Zusammen mit den schon zugesagten Mitteln wären das annähernd 400 Mill. RE im Jahr, d. h. weniger, als die bilaterale öffentliche Entwicklungshilfe der einzelnen EG-Länder an die Mittelmeerländer in Höhe von etwa 550 Mill. RE (Jahresdurchschnitt 1970/73). Mit etwa 2 RE je Einwohner liegen diese Finanzmittel nur unwesentlich unter der vorgesehenen jährlichen Leistung des 4. Europäischen Entwicklungsfonds an die AKP-Länder.

Abgesehen davon, daß unabhängig von diesen Leistungen weiterhin unkoordiniert bilaterale öffentliche Entwicklungshilfe der EG-Länder an einzelne Mittelmeerländer fließen wird, folgen auch die Ge-

⁸ Auch Israel hatte eine Ausdehnung auf andere Bereiche angestrebt; ein solcher Schritt dürfte nach Abschluß der Verhandlungen mit den Maschrekländern gemäß dem Grundsatz der ausgewogenen Vorteile im Rahmen des Globalkonzeptes fällig sein. Die Kommission möchte die Ausdehnung mit Hinweis auf den Entwicklungsstand Israels auf industrielle und technologische Zusammenarbeit beschränken. Vgl. auch Art. 18 und den Briefwechsel im Anhang des Abkommens zwischen der EWG und dem Staat Israel. In: Amtsblatt der EG, Serie L, Nr. 136 vom 28. 5. 1975.

⁹ Die Sonderbehandlung der Maghrebländer auf dem französischen Markt möchte die Kommission bis zum 1. 1. 1979 befristen.

¹⁰ Die Auswahl dieser Produkte variiert nach den jeweiligen Exportinteressen der begünstigten Länder.

¹¹ Es gilt die Meistbegünstigungsklausel, wobei jedoch Ausnahmen besonders hinsichtlich der regionalen Integration der Maghrebländer und gegenüber anderen Entwicklungsländern ausdrücklich zugelassen sind.

¹² Auf eine darauf gerichtete Anfrage im Europäischen Parlament sah sich die Kommission außerstande zu antworten. Vgl. Amtsblatt der EG, Serie C, Nr. 33 vom 13. 2. 1976.

meinschaftsleistungen noch keinen einheitlichen Kriterien. Dem Grundsatz des Globalkonzeptes, die finanzielle Hilfe auf die ärmsten Länder zu konzentrieren, widersprechen die Leistungen an europäische Mittelmeerländer. Art und Ausmaß der finanziellen Leistungen bleiben offenbar weiterhin pragmatischen Ad-hoc-Vereinbarungen vorbehalten, kohärente Grundsätze lassen sich bisher nicht erkennen.

Noch läßt sich nicht abschätzen, wie weit durch die Kooperationsabkommen eine engere Zusammenarbeit zwischen den EG-Ländern und den Mittelmeerländern auch im Unternehmensbereich begünstigt wird. Die Vertragstexte sagen dazu wenig aus. Ausdrücklich wird in den Verträgen mit Algerien und Tunesien die Energiewirtschaft genannt, wo die Beteiligung von Unternehmen der Gemeinschaft zur Erschließung der Energiequellen sowie die einwandfreie Durchführung der langfristigen Lieferverträge für Erdöl, Erdgas und Erdölerzeugnisse zwischen den Unternehmen gefördert werden soll. Konkrete Vorschläge für andere Bereiche der Zusammenarbeit bleiben meist den „Kooperationsräten“¹³ überlassen. Nur in den Verträgen mit den Maghrebländern werden im sozialen Bereich bereits einige Zusicherungen für die in der Gemeinschaft beschäftigten Arbeitskräfte dieser Länder gemacht. Die Verbindlichkeit dieser Zusage ist allerdings in Zweifel zu ziehen. Angesichts der hohen Zahl Arbeitsloser wird in der Gemeinschaft z. B. ernsthaft erwogen, die lt. Assoziationsvertrag für Ende 1976 vorgesehene Liberalisierung des EG-Arbeitsmarktes für türkische Arbeitskräfte auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Globalkonzept nicht ohne Schwächen

Zweifellos ist als positiv zu bewerten, daß im Globalkonzept eine Liberalisierung des Handels — auch

im Agrarbereich — angestrebt wird und in den bisher im Rahmen dieses Konzeptes abgeschlossenen Verträgen eine Vereinheitlichung der handelspolitischen Maßnahmen für einzelne Produkte erkennbar ist. Zu begrüßen ist auch die unterschiedliche Behandlung der Länder gemäß ihrem Entwicklungsstand, insbesondere was den Verzicht auf Gegenseitigkeit von Präferenzen anbelangt. Allerdings steht die Neuregelung der vertraglichen Beziehungen mit den meisten Mittelmeerländern noch aus. Zudem bergen die allgemeinen Formulierungen im Globalkonzept — z. B. daß 80 vH aller Agrarexporte jedes Landes in den Genuß von Zugeständnissen der Gemeinschaft kommen sollen — das Risiko in sich, daß unterschiedliche und in ihrem Vorteilseffekt nicht vergleichbare Vereinbarungen getroffen werden. Denn es läßt sich schwerlich sagen, eine wie hohe Zollreduzierung einem bestimmten Zollkontingent oder einer bestimmten Fristverlängerung für zollbegünstigte Einfuhr äquivalent ist. Im übrigen ist zu bezweifeln, daß die Mittelmeerländer aus der präferentiellen Behandlung ihrer Agrarausfuhren überhaupt einen wesentlichen Nutzen ziehen können, wenn die Präferenzen gleichzeitig durch zahlreiche Mechanismen an die EG-Marktordnungen gekoppelt werden.

In den anderen im Globalkonzept vorgesehenen Kooperationsbereichen sind die Vereinbarungen noch unverbindlich. Im Bereich der Entwicklungshilfe kann von einem Globalkonzept kaum gesprochen werden; hier wird überwiegend am Prinzip der bilateralität festgehalten.

¹³ Die vorgesehenen Kooperationsräte bestehen aus Mitgliedern des Rates und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften einerseits sowie der Regierung des jeweiligen Vertragspartners andererseits.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A5. Seit 1975 sind erschienen:

- Nr. 103 **Leistungsstruktur der Bauwirtschaft und Perspektiven der Baunachfrage in West-Berlin.** Von H. Droegge und P. Ring. 164 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 104 **Bedeutung und Möglichkeiten des Ost-West-Handels mit Energierohstoffen.** Von J. Bethkenhagen. 302 S. 1975. DM 76,—.
- Nr. 105 **Prognose des regionalen Angebots an Arbeitsplätzen.** Gutachten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Von H. Birg unter Mitarbeit von E. Jöhrens und W. Kirner. 96 S. 1975. DM 36,—.
- Nr. 106 **Inflations- und Strukturwirkungen von Verteilungs- und Verwendungskonflikten in den vier großen EG-Ländern.** Von M. Teschner. 162 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 107 **Verteilung von Entwicklungshilfe nach Empfängerländern: Probleme der Formulierung operationaler entwicklungsbezogener Strategien.** Von Hans J. Petersen. 131 S. 1975. DM 48,60.
- Nr. 108 **Die Entwicklung des Lebensstandards in den osteuropäischen Ländern.** Von M. E. Ruban, M. Lodahl, H. Machowski, H. Vortmann. 176 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 109 **Verkehrswege und Ersatzbedarf.** Von B. Bartholmai. 125 S. 1975. DM 38,60.
- Nr. 110 **Modelle der Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West) bis zum Jahre 1990.** Von P. Ring und I. Pfeiffer. 96 S. 1975. DM 26,60.
- Nr. 111 **Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland - Versuch einer Erfolgskontrolle der Subventionspolitik.** Von B. Dreher. 268 S. 1976. DM 69,60.
- Nr. 112 **Alternative Entscheidungsstrukturen in einer Wirtschafts- und Währungsunion.** Von F. Franzmeyer. 70 S. 1976. DM 19,60.

Im Druck:

- Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing.

Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A4. Seit Mitte 1974 sind erschienen:

- Heft 31 **Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1975.** Von G. Göseke und K.-D. Bedau, EDV-Programmierung: H. Klatt. 212 S. 1974. DM 68,80.
- Heft 32 **Zum Verbund von Lernorten in der Berufsausbildung.** – Organisatorische, rechtliche und finanzielle Fragen der Verbindung von Oberstufenzentren mit Ausbildungsstätten in Berlin (West). Von W. Jeschek und W. Fritz. 98 S. 1974. DM 39,60.
- Heft 33 **Der Energiemarkt in Bayern bis zum Jahre 1990 unter Berücksichtigung der Entwicklungstendenzen auf dem Weltenergiemarkt und dem Energiemarkt der Bundesrepublik Deutschland.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 293 S. 1974. DM 118,—.
- Heft 34 **Berufsfeldplanung für die Sekundarstufe II.** – Die Entwicklung der Berufsfeld- und Ausbildungsstrukturen für die Absolventen und Abgänger der Sekundarstufe II in Berlin (West) bis zum Jahre 1982. Von K.-P. Gaulke und G. Weißhuhn unter Mitarbeit von M. Kohues. 128 S. 1975. DM 49,80.
- Heft 35 **Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in ihren Regionen bis zum Jahr 1990.** Von H. Birg. 300 S. 1975. DM 98,—.
- Heft 36 **Die Entwicklung der Bautätigkeit in den Bundesländern von 1960 bis 1972.** Von N. Engler. 66 S. 1975. DM 22,60.
- Heft 37 **Wertschöpfungspräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz.** Ergebnisse einer ersten Erfolgskontrolle. Von P. Ring. 88 S. 1975. DM 36,60.
- Heft 38 **Input-Output-Rechnung für die Bundesrepublik Deutschland 1972.** Von R. Pischner, R. Stäglin und H. Wessels. 149 S. 1975. DM 58,—.

Im Druck:

- Heft 39 **Wettbewerbsrelationen im Außenhandel westlicher Industrieländer 1959 bis 1973.** Von K. Henkner.
- Heft 40 **Berufswunsch und Berufswahl.** Analyse einiger Determinanten und Interdependenzen. Von K.-P. Gaulke.

Zu beziehen durch den Verlag Duncker & Humblot

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5
Tel. (030) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Die Verwendungsstruktur der Einkommen privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland bearbeitet von Gerhard Göseke. —
Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Mittelmeerländern bearbeitet von Uta Möbius.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Bürotechnik Berlin, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.